

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
und für Anzeigen die den Anzeiger
betreffen. - Erhältlich in allen
Buchhandlungen. - Preis 10 Pf.

Regelung der Anzeigenpreise
für den Anzeiger des Erzgebirges
gemäß dem Tarif für den Anzeiger
des Erzgebirges. - Preis 10 Pf.

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postamt-Nr. 191. Aue, Leipzig Nr. 1910

Nr. 139

Dienstag, den 17. Juni 1924

19. Jahrgang

Herriot und Nollet.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Die Berufung des Generals Nollet, des Chefs der in Berlin sitzenden Militärkontrollkommission, auf den Posten des französischen Kriegsministers und der Kommandierung dieser Berufung gegeben hat, sind wohl geeignet, einiges Erstaunen hervorzurufen, besonders in gewissen deutschen Kreisen. Die scharfe Betonung des entschiedenen französischen Willens, in Deutschland etwaige Versuche einer Umgehung des Abrüstungsgebotes mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken, die die Erklärung Herriots im „Matin“ enthält, zeigt ebenso deutlich, wie die Wahl der Persönlichkeit für den Posten des französischen Kriegsministers im neuen Kabinett, wie stark Herriot die Notwendigkeit empfunden hat, den nationalpolitischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen und ihnen zu zeigen, daß auch er entschlossen ist, der französischen Forderung nach Sicherheit gegen eine deutsche Wende nach Kräften nachzukommen. Ja, man kann vielleicht sagen, daß der neue französische Ministerpräsident hier im Interesse des inneren Ausgleiches weitergegangen ist, als er es nach seiner außenpolitischen Erkenntnis für notwendig halten mochte. Wenn man seine Erklärung mit gerechtem Blick liest, so kann man nicht umhin, ihrem zweiten Teil mindestens das gleiche wenn nicht ein größeres Gewicht beizumessen, als den ersten Sätzen, und dieser zweite Teil ist denn doch eine Kundgebung die sich von denen seines Amtsvorgängers Poincaré sehr wesentlich unterscheidet. Die Bekundung des besten Willens, der jungen deutschen Demokratie vorwärtszuhelfen, klingt denn doch erheblich anders, als die allsonntäglichen Denkmäler- und sonstigen Reden Poincarés.

Wiewohl bleibt sowohl bei der Deklaration dieser Kundgebung Herriots wie bei der Kenntnismahme von der Ernennung Nollets für den deutschen Leser ein unerfreulicher Nachgeschmack. General Nollet ist für uns sichtbarste Exponent einer Politik, die mit unerkennbarer Absicht nicht nur auf das sachliche Ziel der völligen Wiedereinrichtung Deutschlands, sondern auch auf das moralische Ziel einer würdevollen Wiedergewinnung der Selbstachtung hingearbeitet hat. Die Militärkontrolle in der Art, wie sie bisher durchgeführt worden ist, war aus der Fülle der uns auferlegten Lasten fast die am schwersten tragbare, und wir stehen diesem Druck gegenüber ja noch nicht am Ende. Bekanntlich hat die letzte Note der Vorkonferenz zu dieser Frage der Reichsregierung eine Frist bis zum 30. Juni gestellt, bis zu der Deutschland sich mit einer nochmaligen Generalkontrolle einverstanden erklären soll. Eine Forderung, die nach deutscher Auffassung sachlich durchaus unerschwinglich erscheint, und die vor allem geeignet ist und offenbar auch dazu beabsichtigt war die innerpolitische Lage Deutschlands zu verwirren und zu erschweren. Man hat gerade von dem Kommando Herriots auch in dieser Beziehung ein gewisses Verständnis für die Lage Deutschlands und den Willen zu einer Erleichterung des Ueberganges zu der Uebertragung der noch erforderlichen Kontrollmaßnahmen an den Völkerbund erhofft. Eben diese Aussicht war es die die nationalpolitischen Kreise in Deutschland schwer enttäuschte da sie ihnen ein gutes Teil ihres Agitationsmaterials nehmen mußte, und sie hatten daher die erste Ablehnung Herriots mit unüberhöhter Schadenfreude begrüßt. Noch heller klingt ihr Jubel heute, wo sie aus der Berufung des Generals Nollet ohne weiteres den Schluß ziehen, daß Herriot nichts anderes sei, als eine neue Auflage seines Amtsvorgängers Poincaré. Diese nationalpolitische Optik hat bedenkliche Sprünge und leidet von einem großen Mangel an Selbsterkenntnis.

Wer davon überzeugt ist, daß es dem neuen französischen Ministerpräsidenten damit ernst ist, das Steuer umzulegen und statt der Säulen des Imperialismus und Militarismus die einer beruflichen und ausgehenden Politik zu wählen, der kann nicht an der Entschlossenheit des neuen Mannes zweifeln, alles aus dem Weg zu räumen, was dieser Kursänderung hinderlich werden könnte. Diese weberreitende Arbeit kann sich keineswegs auf die innerfranzösischen Verhältnisse beschränken; wenn er hier Erfolge haben will, muß er dafür sorgen, daß nicht die Unzufriedenen in Frankreich mit Fingern nach Deutschland weisen können, auf die dortigen kriegerischen Schaustiele, auch wenn es nur Theaterparaden sind, und seine Aufgabe trifft sich dabei völlig mit der seines Kollegen in der Leitung der englischen Politik. Gewiß ist niemand in Deutschland darüber im Zweifel, daß General Nollet als Chef der Militärkontrollkommission alles getan hat, um von der „deutschen Gefahr“ ein möglichst eindringliches Bild nach Paris zu geben, schon um zu zeigen, wie wichtig und nützlich

seine Mission ist. Die Gerüchte, daß sich diese alarmierende Berichterstattung Nollets gerade in der letzten Zeit eines besonderen, die Tatsachen höchst gewaltsam verzerrenden Eifers beseßigt hätte, sind zwar von Paris aus formell dementiert worden, erhalten sich aber doch, und das ist schließlich nicht überraschend.

Zu so bitterer Kritik diese Dinge herausfordern mögen, man muß sich doch davor hüten, hier einseitig zu urteilen, namentlich, wenn es um mehr geht, als nur um die Person des Generals Nollet und um die Einrichtung, der er bisher vorstand. Jetzt geht es um die künftige Gestaltung der Politik zwischen Deutschland und Frankreich, und auf diese Gestaltung ist von beiden Seiten ein Einfluß zu nehmen. Es genügt nicht, in die Welt hinauszuschreien, die Berufung Nollets bedeute eine Beweigung des Misstrauens und des Druckes gegenüber Deutschland. Es ist auch nötig, von deutscher Seite aus den Dingen den Boden zu entziehen, die zu solchem Misstrauen und daraus erwachsendem Druck den Anlaß bieten. Und daß solche Dinge bei uns leider tagtäglich geschehen, in der Gestalt von Regimentsfeiern, Deutschen Tagen, Denkmalsentwürfen mit Generalsreden und bewaffneten Umzügen, daran ist leider nicht zu zweifeln und zu zweifeln. Für diese Dinge aber sind einzig und allein gerade diejenigen Kreise verantwortlich denen das Kommando Herriots so wenig paßt und die jetzt das Auftreten Nollets mit so geschäftiger Schadenfreude begrüßen. In ihrer Hand liegt heute durchaus die Möglichkeit, die Konsequenzen, die sie aus der Wahl des neuen französischen Kriegsministers herauslesen, zu vermeiden durch eine Beschränkung in ihren Demonstrationen, mit der sie wahrlich keine Schwäche, sondern nur ein gesundes Maß von vaterländischer Verantwortungsbewußtheit zeigen würden. Aber daran mangelt es ihnen völlig und sie werden im Gegenteil versuchen, ihr Treiben nur noch zu verstärken. Wer aber als einsichtiger Politiker erkennt, eine wie schwere Beschränkung jeder Verständigung in diesem kindischen Waffengeräusch liegt, der wird entschlossen sein, ihm heute mehr als je entgegenzuwirken, und eine solche Wirksamkeit der deutschen Regierung wird der beste Beweis für ihre ehrliche Verständigungsbereitschaft sein. Nicht wegen Nollet, sondern trotz Nollet.

Die Richtlinien der neuen französischen Regierung.

Die Regierungserklärung, die Herriot heute vor der Kammer und dem Senat zur Kenntnis bringen wird, geht im inneren, und außenpolitischen Programm natürlich vom Standpunkt der Linksparteien aus. In erster Linie spricht sich Herriot gegen die Durchführung der Dekrete, die Poincaré von der Kammer verlangt hatte, aus. Ferner wird er für die Durchführung der allgemeinen Amnestie im weitestgehenden Maße eintreten und den Bruch mit dem Vatikan erklären. Was die Innenpolitik betrifft, so wird Herriot eine Herabsetzung der Militärdienstzeit verlangen und für die Organisation einer nationalen Armee eintreten. Den Staatsbeamten wird er das Recht der gewerkschaftlichen Vereinigung zugesprochen. Auf dem Gebiete der Steuerpolitik wird der neue Premierminister sich im allgemeinen gegen neue Steuern erklären und eine Kapitalbesteuerung vorschlagen. Auf dem Gebiete der Außenpolitik wird sich die Erklärung Herriots in der Hauptsache auf folgende Punkte erstrecken: Eintritt aller Nationen in den Völkerbund, die bereit sind, die Satzung des Völkerbundes zu befolgen. Ferner Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung, bis Deutschland mit der praktischen Durchführung der Sachverständigen Gutachten begonnen hat. Die Durchführung der Abrüstungskontrolle unter weitest möglichen Uebertragung der Abrüstungskontrolle und die Frage der Sicherungen auf den Völkerbund.

Herriot für Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Herriot erklärte dem Pariser Vertreter des „New York World“: „Die internationale Politik, deren Mittelpunkt der Völkerbund ist, muß der Passivität und Resignation entleidet und aktiv gestaltet werden. Der Völkerbund muß die Offensive ergreifen. Der Friede kann aber nicht gegen oder ohne die Völker gemacht werden, darum muß Deutschland an der Endlösung der Reparationsfrage interessiert und beteiligt werden. Darum trete ich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein. Es ist erstaunlich, daß nicht früher erkannt ist, wie groß der moralische Erfolg Deutschlands Aufnahme wäre. Die künftige Politik Deutschlands hängt viel mehr, als man glaubt, von der Politik der Alliierten, besonders Frankreichs, Englands ab. Ein modus vivendi zwischen Frankreich und Deutschland ist daher erwünscht.“

Erneute Verhandlungen über die Freilassung der Rhein- und Ruhrgefangenen.

Wie die „Telegraphenunion“ zuverlässig berichtet, begibt sich der bekannte Beteiligter aus den französischen Kriegsgerichtsprozessen, Rechtsanwalt Dr. Grimm aus Essen, Mitte dieser Woche nach Paris, um mit den maßgebenden Pariser Stellen wegen einer Wagnadigung der gefangenen Deutschen erneut zu verhandeln. Die anlässlich des französischen Nationalfeiertags erwartete Wagnadigung der gefangenen Rhein- und Ruhrdeutschen ist ausgeblieben. Ein Mitglied des Jungdeutschen Ordens, welches zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, wurde wegen der in der Haft erlittenen Mißhandlungen schon nach kurzer Zeit wieder entlassen.

Wie wenig es der französischen Regierung bisher Ernst damit war, das durch die Kriegsgerichtsurteile an den Deutschen verübte Unrecht wieder gut zu machen, beweisen deutlich die neuen Verurteilungen, von denen in den letzten Wochen wieder berichtet worden mußte und von deren Härte die folgende Mitteilung erneut spricht:

Ein neues französisches Kriegsgerichtsurteil.

Das französische Kriegsgericht in Essen verurteilte das Vorstandsmitglied des Jungdeutschen Ordens, Herrn Heinrich Nieme, wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer Geheimorganisation zu 10 Jahren Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Nieme wurde seinerzeit gegen Stellung einer Kaution von 2000 Mark in Freiheit gesetzt und es gelang ihm, rechtzeitig das besagte Gebiet zu verlassen.

Die Vorgeschichte zur Verlängerung der Wismarverträge.

Ueber die Vorgeschichte der provisorischen Verlängerung der Wismarverträge erfahren wir, daß die Reichsregierung am 9. Juni durch die deutschen Missionen in Paris und London Noten überreichte, in denen erklärt wird, daß die Ruhrkohlen-Industrie nicht in den Lage ist, über den 15. Juni hinaus die Vorkosten aus den Verträgen auf sich selbst zu nehmen. Andererseits wird in den Noten anerkannt, daß Frankreich sowohl wie Belgien die Kohlenlieferungen nicht entbehren können. Es wird deshalb vorgeschlagen, nach einem Ausweg zu suchen.

Die sich daran anschließenden diplomatischen Verhandlungen ergaben ein Verständnis Frankreichs und Belgiens für den deutschen Vorschlag. In Verhandlungen konnte aber, wie französischerseits erklärt wurde, vor dem 15. Juni nicht eingetreten werden. Deutschland schlug deshalb eine kurzfristige Verlängerung vor, um Zeit für die Verhandlungen zu gewinnen. Paris und Brüssel stimmten dem zu, ebenso die Wismar, die ursprünglich eine unveränderte Verlängerung der Verträge bis zur Gesamtregelung der Reparationsfrage verlangt hatte. Die Wismar hat ferner anerkannt, daß eine wirtschaftliche Verschlechterung in der Lage der Ruhrindustrie eingetreten ist, und zugestimmt, daß etwaige noch dem 30. Juni eintretende Erleichterungen bezüglich der Kohlensteuer, Bülte u. a. rückwirkende Kraft ab 15. Juni haben sollen. Nachdem inzwischen eine französische Regierung gebildet worden ist, wird es ihre Aufgabe sein, die Verhandlungen mit der Regierung in Brüssel alsbald aufzunehmen und die Grundlage für eine Neuregelung zu suchen, die für beide Teile erträglich ist.

Minister v. Meinel für Annahme des Damesberichts. Auf der Hauptversammlung der bayerischen Landes-Gewerbeanstalt in Nürnberg schilderte der bayerische Handelsminister v. Meinel die ernste Lage der deutschen Wirtschaft, die außerordentlich gesunkene Kaufkraft des Volkes und den erschreckenden Rückgang der deutschen Ausfuhr. Bei solcher Sachlage bleibe nichts anderes übrig, als das Entscherten der Sachverständigen anzunehmen, obwohl es die deutsche Leistungsfähigkeit ganz bedeutend übersteige.

Die hochverräterische „Handelsvertretung.“ In Berlin wurden gestern vier Sendungen an die in Untersuchungshaft befindlichen Mitglieder der russischen Handelsvertretung postellisch beschlagnahmt. Die Untersuchung ergab, daß es sich um landesverräterisches Material und um gedruckte Aufrufe zu revolutionären Zügen handelte, die über Riga von der dritten Internationale in Moskau abgehandelt waren.

Unabhängigkeit von England. Der „Herold“ meldet aus Melbourne: Nach dem Vorgehen Kanadas habe auch der australische Senat am 12. Juni einen Antrag angenommen, der verlange, daß Australien innerhalb Jahresfrist hinsichtlich seiner Außenpolitik eine unbedingte Unabhängigkeit vom britischen Imperium erhalte. Veranlassung zu dem Antrag ist der englische Verzicht auf einen Flottenstützpunkt in Singapur, der in Australien Erregung und Opposition hervorgerufen habe.